



AI-JOURNAL OKTOBER 2005

## IN VIELEN LÄNDERN IST DIE MEINUNGSFREIHEIT ZWEI MAL DREI METER GROß

**IN VIELEN LÄNDERN IST DIE PRESSEFREIHEIT ZWEI MAL DREI METER GROSS**

**Wo Medien unterdrückt werden, steht es um die Menschenrechte generell nicht gut. In vielen Regionen der Welt fehlt der Presse fast jeder Freiraum.** Eine Übersicht von Harald Gesterkamp

Medienalltag in Deutschland: Die Pressekonzentration nimmt zu, die Schere im Kopf existiert fast überall. Politiker und Werbekunden nehmen Einfluss auf Veröffentlichungen, indem sie mit Liebesentzug und Anzeigenstornierungen drohen. Die Beispiele sind zahlreich, und in jedem Fall gibt es gute Gründe zur Entrüstung.

Und doch leben Journalisten hier zu Lande im internationalen Vergleich in paradiesischen Zuständen. Sie sind finanziell recht gut ausgestattet, können weitgehend ungehindert auch heikle Dinge recherchieren und müssen weder mit Morddrohungen noch mit Inhaftierungen rechnen, wenn sie mal wieder »die Falschen« kritisiert haben.

In vielen Staaten hingegen »ist die Pressefreiheit nur zwei mal drei Meter groß, so groß wie eine Gefängniszelle«, wie es Heribert Prantl von der »Süddeutschen Zeitung« einmal formulierte. Und solche Zustände findet man auch in Europa.

Minsk etwa ist von Berlin ungefähr genauso weit entfernt wie Paris, London oder Rom. Doch in Weißrussland sind alle Fernsehsender unter staatlicher Kontrolle. Die Zahl der unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften nimmt Monat für Monat ab. Zeitlich befristete Erscheinungsverbote sollen Redaktionen abschrecken oder finanziell zerstören. Selbst Internet-Foren, in denen kontrovers über politische Themen diskutiert wird, müssen mit einer Schließung rechnen.

In jüngster Zeit werden vor allem Journalisten von Blättern der polnischen Minderheit sowie Korrespondenten aus dem Nachbarland schikaniert: So wurde Andrzej Pisalnik, Chefredakteur der polnischsprachigen Zeitung »Głos znad Niemna« Anfang August unter einem Vorwand zu einer zehntägigen Haftstrafe verurteilt. Auch ein polnischer Fotograf wurde festgenommen. Er darf jetzt fünf Jahre lang nicht nach Weißrussland reisen. Aidan White von der Internationalen Journalistenvereinigung sieht in dem Vorgehen ein »hässliches Muster von Intoleranz und Einschüchterung«. Der autokratisch regierende Staatschef Alexander Lukaschenko fürchtet Zustände wie in Georgien oder der Ukraine – dort hat die Demokratiebewegung mehr Freiheiten erkämpft. Wohl auch deshalb gingen die Behörden mit aller Härte gegen ein paar Cartoons im Internet vor. Mehrere Studenten, die regierungskritische Zeichnungen ins Netz gestellt hatten, wurden wegen Verleumdung angeklagt.

In rund fünf Flugstunden ist man von Ankara aus in Brüssel. Die Türkei drängt mit Macht nach Europa, und dabei ist die Achtung der Pressefreiheit ein wichtiger Gradmesser geworden. Unbestreitbar hat die Türkei in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Doch nicht alles, was auf diesem Wege an positiven Veränderungen zu Papier gebracht wurde, ist schon in der Praxis angekommen. So sind nach Angaben des Türkischen Menschenrechtsvereins IHD im vergangenen Jahr 78 Verfahren wegen Meinungsdelikten eingeleitet worden. »Die Türkei ist von den europäischen Standards der Pressefreiheit noch weit entfernt«, bilanzieren deshalb auch »Reporter ohne Grenzen«.

Die Organisation dokumentiert ständig dramatische Zahlen. Für ihre Berichterstattung riskieren viele bei Medien Beschäftigte ihre Freiheit oder sogar ihr Leben: Schon mindestens 43 Journalisten und zwei Mitarbeiter wurden zwischen Januar und August dieses Jahres weltweit bei der Ausübung ihres Berufs getötet. Mehr als 900 Journalisten wurden im vergangenen Jahr vorübergehend festgenommen, weit über tausend bedroht oder angegriffen. Die Initiative zählte im vergangenen Jahr außerdem 622 Medien auf allen Kontinenten, die zensiert oder verboten wurden.

Am gefährlichsten leben Journalisten im Irak. Dort starben seit Beginn des Krieges vor gut zwei Jahren nach vorsichtiger Zählung 66 Reporter und Medien-Mitarbeiter – das sind mehr als in 20 Jahren Vietnam-Krieg zwischen 1955 und 1975. In jüngster Zeit sind zumeist Aufständische die Täter, die auch für die Entführungen der französischen Journalistin Florence Aubenas und ihrer italienischen Kollegin Giuliana Sgrena verantwortlich waren. Auf der anderen Seite hat die Pressevielfalt im Land seit dem Sturz von Saddam Hussein zugenommen. Mehrere Rundfunksender entstanden, und auch am Kiosk präsentieren sich neue Blätter.

Problematisch ist auch die Situation in vielen Nachbarländern. In Syrien etwa wird die Pressefreiheit kaum geachtet und ausländische Korrespondenten können sich nicht frei bewegen. Der seit 1963 herrschende Ausnahmezustand öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor. Das gilt auch für Saudi-Arabien oder den Iran: Dort sind Journalisten beinahe täglich Repressionen ausgesetzt und unabhängige Medien – sofern sie überhaupt existieren – leiden ständig unter Maßregelungen.

Neben dem Nahen und Mittleren Osten ist Ostasien eine unsichere Region. Die schlechtesten Noten von »Reporter ohne Grenzen« erhält Nordkorea. In dem weitgehend abgeschotteten kommunistisch regierten Land sind alle Medien staatlich gelenkt. Andersdenkende haben keine Chance, ihre Meinung zu publizieren. Ausländischen Journalisten bleibt der Zugang ins Land fast immer verwehrt. In Myanmar ist die Situation kaum besser. Zuletzt bekam das die Wochenzeitung »Myanmar Times« zu spüren: Ein Artikel über ein Gesetz zur Vergabe von Medienlizenzen durfte zwar in der überwiegend im Ausland verbreiteten englischsprachigen Ausgabe erscheinen, der birmanische Text hingegen wurde zensiert. Nach Ansicht von »Reporter ohne Grenzen« entpuppt sich so das Versprechen der Militärregierung von mehr Pressefreiheit als heiße Luft.

Und auch China unterdrückt trotz der wirtschaftlichen Öffnung des Landes alle Meinungen, die der Staatsführung nicht genehm sind. »Reporter ohne Grenzen« bezeichnen China als das »größte Journalisten-Gefängnis der Welt« – mindestens 26 sind inhaftiert. Ein falsches Wort über die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung auf dem Tiananmen-Platz reicht auch heute, 16 Jahre danach, für eine lange Freiheitsstrafe. Um kritische Berichterstattung mundtot zu machen, wird auch schon mal die Folter eingesetzt. Wie amnesty international schon mehrfach dokumentiert hat, versucht die Regierung in Peking auch das Internet zu kontrollieren: Unliebsame Seiten werden gesperrt, User in Internet-Cafés streng überprüft, allzu diskussionsfreudige Chatter und Blogger demonstrativ zu drakonischen Haftstrafen verurteilt. Zuletzt traf es Zhang Lin: Seine Artikel im Netz wurden Anfang August von Richtern in Benghu als mit der Verfassung nicht vereinbar bewertet. Das Ergebnis: fünf Jahre Gefängnis. Damit auch von außen keine Meinungsvielfalt ins Land eindringen kann, werden ausländische Radiosender gezielt gestört.

Der Bürgerkrieg prägt die Situation im lateinamerikanischen Kolumbien. Wer in den Verdacht gerät, mit dem Militär oder den bewaffneten Rebellen zusammenzuarbeiten, muss damit rechnen, von der jeweils anderen Seite eingeschüchtert oder ermordet zu werden. Mitte August ging beispielsweise in der Redaktion der Tageszeitung »El Informador« eine Sprengsatz in die Luft. Verletzt wurde niemand, aber die Räume blieben verwüstet zurück. Seit Jahresbeginn wurden schon sieben solcher Anschläge und 15 körperliche Angriffe auf Journalisten gezählt. Auch aus Guatemala und Peru werden immer wieder Übergriffe auf Journalisten gemeldet.

In vielen afrikanischen Staaten ist es um die Pressefreiheit nicht besser bestellt. Als besonders schwierig ist die Lage in Eritrea anzusehen, wo mindestens 13 Journalisten wegen ihrer Veröffentlichungen inhaftiert sind und ausnahmslos alle nicht-staatlichen Medien geschlossen wurden. Die Lage in Zimbabwe spitzt sich ebenfalls zu: In den vergangenen Jahren mussten dort fast alle unabhängigen Zeitungen nach behördlichem Druck aufgeben. Auch sämtliche Auslandskorrespondenten mussten das Land verlassen.

Der Autor ist Journalist und lebt in Bonn.

## **Für die Meinungsfreiheit**

In vielen Ländern gibt es keine Meinungsfreiheit und keine unabhängigen Medien. Dagegen wendet sich die ai-Sektionsgruppe Verfolgte AutorInnen und JournalistInnen / Meinungsfreiheit: Wir starten Eilaktionen in akuten Einzelfällen und richten Proteste an Regierungen und Behörden von Ländern, die gegen das Recht auf Meinungsfreiheit verstoßen. Wir informieren über verfolgte Schriftsteller und vermitteln Kontakte für Lesungen. Eine informierte Bevölkerung und eine sich frei entwickelnde Zivilgesellschaft sind die Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dafür setzen wir uns ein. Kontakt: [info@amnesty-meinungsfreiheit.de](mailto:info@amnesty-meinungsfreiheit.de), <http://www.amnesty-meinungsfreiheit.de>, Tel.: 061 36 - 444 15 (Josef Zimmermann, Gruppensprecher)